

# Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 11/44. Jahrgang

November 2013

Schutzgebühr: 0,40 €

## Verdi: Einzelhandelsbeschäftigte machen Druck

600 Beschäftigte aus dem Einzelhandel waren am 17. Oktober nach Gießen gekommen, um den „Heißen Herbst“ der laufenden Tarifrunde einzuläuten. Bekanntlich wurde in mehreren Tarifverhandlungen bisher noch kein Abschluss getätigt. Die Kolleginnen und Kollegen waren aus ganz Hessen dann in einer Demonstration von der Gießener Innenstadt durch die Gießener Innenstadt für ihre Forderungen demonstrieren.



aus 17 Betrieben in Gießen angereist, um großen Demonstrationen in der Gießener Innenstadt für ihre Forderungen zu demonstrieren. Aus Gießen waren der real-Markt West sowie Beschäftigte von Karstadt mit dabei. Nächster Verhandlungstermin ist der 18. November 2013. Falls kein Abschluss getätigt wird: verdi hat sich darauf vorbereitet, das Weihnachtsgeschäft so richtig zu stören...  
Helmut Appel Mitglied der Verhandlungskommission



Verdi fordert: 1 Euro mehr pro Stunde  
Auszubildende : 50 Cent mehr pro Stunde  
Uneingeschränkte Wiedereinsetzung des von den Einzelhandels-Unternehmern gekündigten Manteltarifvertrages  
Keine neue Niedriglohngruppe bei den Auffüllern

## NPD in Gießen und die Quadratur des Kreises der OB

Nachdem die NPD im September zum wiederholten Mal in Gießen unter Polizeischutz ihre volksverhetzenden Parolen verbreiten durfte, hatte der Stv. Michael Beltz die Stadt gefragt, wie dies in Zukunft zu verhindern sei (s. Gießener Echo 10/2013). Die Antwort von OB Grabe-Bolz am 10.10. im Stadtparlament war knapp: überhaupt nicht. Während andere Städte offensiv und kreativ gegen NPD-Auftritte vorgehen und dabei auch alle juristischen Mittel ausschöpfen (zuweilen auch erfolgreich) beschränkt sich der Gießener Magistrat aufs Verbale. Zwar beteiligen sich Magistratsmitglieder auch an Protestkundgebungen, lassen die NPD aber gewähren und berufen sich dabei aufs ungeteilte

Versammlungsrecht. - Ihrer knappen Antwort vorausgeschickt hatte die OB eine Erklärung, in der sie feststellte: „... dass unsere freiheitlich demokratische Grundordnung und die darauf basierenden Grundrechte mit allen rechtsstaatlichen Mitteln verteidigt und gewahrt werden müssen.“ Und damit führt sie sich selbst ad absurdum, denn genau in dieser „freiheitlich demokratischen Grundordnung“ ist verfügt, daß in der BRD keine faschistischen Organisationen zuzulassen sind und jeder nazistischer Betätigung und Propaganda vorzubeugen ist (entsprechend des immer noch gültigen Potsdamer Abkommens, auf das sich das GG in Artikel 139 ausdrücklich beruft).  
(Fortsetzung auf Seite 2)

### Inhalt:

Stadtverschuldung für Banken...	S.2
UKGM enteignen/Schwanenteich	S.3
Mindestlohn/Altersarmut	S.4
Koalitionskompromisse	S.5
US-Spionage/Buchtipps: Mitmachfalle	S.6
Weltfestspiele/UNO+Kuba/EU-Wahl	S.7
Termine/Faschisten im Lumdatal	S.8



Für Frieden und Sozialismus!



# Stadtverschuldung: Für Banken und Konzerne werden die Gießener geschröpft

Als wäre sie bei Merkel in die Lehre gegangen, klang die Rede der OB zur Umsetzung der Schutzschirm-Sparpläne: alternativlos.

Weil wir so hohe Schulden haben (1/4 Milliarde Euro!), mussten wir unter den Schutzschirm; weil wir den Schutzschirm beschlossen haben, müssen wir jetzt unseren Gießener Mitbürgern allein mit der Erhöhung der Grundsteuer 6,5 Millionen Euro mehr im Jahr abknöpfen - das sind pro Haushalt 10 bis 20 Euro im Monat.

Aber an den Kindern wird nicht gespart, versprach die OB, nachdem gerade die Kosten für das Mittagessen erhöht worden waren.

Für die Grundsteuererhöhung stimmten schließlich nur SPD und Grüne. Sie warfen CDU/FDP/FW wiederum vor, sich jetzt zu drücken, nachdem auch sie dem



Schutzschirm ihren Segen gegeben hatten.

So sind eben die verteilten Rollen im Sandkasten Stadtparlament. Sie werden zwar zuweilen nach Wahlen gewechselt, im Grunde wird aber stets die gleiche Politik verfolgt: die von Berlin und Wiesbaden vorgegebenen Richtlinien im Interesse der Banken und Konzerne.

CDU-Möller vermisste Kürzungen auf der Ausgabenseite; und auch FW-Geißler betonte: wir haben kein Ein-

nahmen-sondern ein Ausgabenproblem. Da haben sie natürlich recht, wenn man an die Landesgartenschau oder das neue Rathaus (von beiden mitbeschlossen) denkt. Sie haben auch darin recht, daß mit dem heuchlerischen Wegfallen einer hauptamtlichen Magistratsstelle bei gleichzeitiger Schaffung zusätzlicher Dezernentenstellen Geld zum Fenster rausgeschmissen und die Bevölkerung getäuscht wurde.

In der Sache haben sie aber nicht recht. Denn die Verschuldung der Kommunen ist bewusst gewollt und herbeigeführt – nicht zuletzt im Interesse

der Banken, die die Zinsgewinne einstecken.

Und so musste OB Grabe-Bolz denn auch zugeben, daß trotz aller Schutzschirm-Maßnahmen (auf Kosten der Bevölkerung!) die Schulden weiter steigen werden, ihr Ziel also bereits jetzt verfehlt wurde. Sie kündigte eine weitere Erhöhung der Kassenkredite an, um einigermaßen handlungsfähig zu bleiben. Als nächstes folgt dann die Einführung der Zweitwohnsitzsteuer, die jährlich 250.000 Euro bringen soll.

Fakt ist: die Kommunen haben vor allem ein Einnahme-Problem ganz anderer Art. Solange sie etwa zwei Drittel aller öffentlichen Investitionen bezahlen müssen, aber nur ein Siebtel vom gesamten Steueraufkommen bekommen, ist die Verschuldung programmiert. Und das ist verfassungswidrig. Wir legen der OB nahe, auch hier auf die Einhaltung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu dringen. Michael Beltz

(Fortsetzung von Seite 1)

## NPD in Gießen

Die Duldung von NPD-Propanda ist nicht der einzige Schandfleck für Gießen: unter den Ehrenbürgern der Stadt befindet sich Hermann Schlosser. Er war der frühere Vorsitzende von Degussa, jenes Konzerns, der sich millionenfach durch den Kauf des von Nazis geraubten Schmucks und Zahngolds aus den KZs bereicherte und der an die Gaskammern der NS-Ver-nichtungslager das Zyklon B lieferte; allein in den Jahren 1942/43 wurden 20 Tonnen nach Auschwitz geliefert. Trotz mehrerer entsprechender Anträge von Antifaschisten hat sich die Stadt Gießen bis heute geweigert, Adolf Hitler die Ehrenbürgerschaft zu entziehen, wie es viele deutsche Städte getan haben. Sie beruft sich dabei auf die formale pauschale Aberkennung nach dem Krieg.

Daß ein solcher Beschluß noch heute richtig ist, zeigt die Stadt Goslar: sie hat im Oktober Hitlers Ehrenbürgerschaft beendet. Erika Beltz

Verfassung des Landes Hessen, Artikel 137 (5):  
Der Staat hat den Gemeinden und Gemeindeverbänden die zur Durchführung ihrer eigenen und der übertragenen Aufgaben erforderlichen Geldmittel im Wege des Lasten- und Finanzausgleichs zu sichern...



# UKGM: den Spekulanten Rhön AG enteignen!

Die Beschäftigten am Uni-Klinikum Gießen-Marburg (UKGM) sind stinksauer. Vor sieben Jahren waren die Kliniken vom Land Hessen samt Personal und Patienten an die Rhön-Kliniken AG verkauft worden. Mitte September erfuhren sie aus den Medien, einen Tag nach einer Personalversammlung, daß der Rhön-Konzern sich selbst zerlegen will. Der Vorstand will den größten Teil seiner Krankenhäuser und Gesundheitseinrichtungen an den Konkurrenten Fresenius verkaufen, für 3 Milliarden Euro. Rhön verhält sich wie ein Hedgefonds, genannt Heuschrecke: Betriebe billig kaufen, durch Umorganisation, Ausgliederung, Lohndrückerei und Arbeitshetze profitabel machen und dann mit großem Gewinn weiterverkaufen.

Kliniken werden bei Privatisierungen in der Regel weit unter Wert, oft zu einem rein symbolischen Preis, verkauft. Das UKGM gehört nicht zu den verkauften

Betrieben. Mangels Gewinnerwartung hätte Fresenius dafür fast nichts bezahlt. Die Lage der Beschäftigten ist trotzdem extrem unsicher. Die Rhön-AG verfügt zwar nach dem Verkauf über erhebliche Barmittel, ob der Restkonzern aber überlebensfähig ist steht in den Sternen. Die Voraussetzungen, unter denen gerade dieser Konzern den Zuschlag bei der Privatisierung erhielt, sind nicht mehr gege-

Fresenius erwarten, den Kaufpreis, im Schnitt 70 Millionen Euro pro Einrichtung, schnell zu erwirtschaften. Fresenius ist bekannt dafür, in seinen Helios-Kliniken das Personal besonders rücksichtslos auszubeuten.

Ob der Verkauf tatsächlich zustande kommt ist noch nicht sicher. Das Kartellamt muß zustimmen, außerdem haben bei einigen Kliniken auch

noch die früheren Eigentümer ein Mitspracherecht. Auch einige Aktionäre werden klagen, auch wenn sie eine Sonderdividende von ca. 60% des Aktienwertes erwarten können. Das Spekulationsprojekt der Rhön AG muß dazu führen, daß die Landesregierung sofort handelt. Krankenhäuser dürfen kein Spekulationsobjekt sein, sie gehören in öffentliches Eigentum. Wer aus reiner Geldgier die Krankenversorgung gefährdet,

kann in Übereinstimmung mit Grundgesetz und Hessischer Verfassung enteignet werden. Gernot Linhart



ben. Nicht besser ist die Lage der Kolleginnen und Kollegen in den verkauften Betrieben. Von ihnen wird

## Schwanenteich: Zaun soll bleiben

BI: Begründung der Umzäunung des Schwanenteichs fragwürdig

Auf die Forderung der Bürgerinitiative „Stoppt diese Landesgartenschau“ an die Stadt Gießen den Schwanenteich für Besucher und Anwohner nicht einzuzäunen, antwortet Bürgermeisterin Weigel-Greulich ganze sechs Wochen später.

Sie versucht zu begründen, dass bei der Verkleinerung des eintrittspflichtigen Bereiches es zu einem Attraktivitätsverlust der LaGa komme. Auf dem eingezäunten Gelände würden 1500 Veranstaltungen stattfinden, weshalb dieses Vorgehen unumgänglich sei, um finanzielle Verluste zu verhindern. Die BI fragt, welche der 1500 Veranstaltungen sollen direkt am Schwanenteich stattfinden? Denn zu den Events gehören z.B. die gärtnerischen Darbietungen z.B. am ehemaligen Blau/Weiß-Gelände, diverse Aufführungen am neuen Funktionshaus und über 300 kirchliche Veranstaltungen. Warum muss also ein

Gebiet umzäunt werden, in dem nur ein paar Veranstaltungen geplant sind? Ein finanzieller Verlust wäre somit kaum zu erwarten.

Sie schreibt weiter, es sei nicht ihre Absicht Menschen aus Grünanlagen auszusperren, es gäbe auch an der Lahnaue Parkanlagen, die jederzeit offen stehen.

Die BI gibt zu bedenken, dass es viele ältere Nachbarn, Bewohner der Seniorenresidenzen gibt, die nicht so einfach an die Lahn fahren können, um dort die neuen Parkanlagen genießen zu können.

Außerdem muss man bei den finanziellen Gründen für das Einzäunen wiederholt nach der Verhältnismäßigkeit fragen:

Ein besonderes Graffiti an der Ostanlage mit der Nummer des Sorgentelefon für Kinder- und Jugendliche, welches mit 9000 Anrufen im Jahr genutzt wurde, verschwindet mit der

### Hamburg: 37 Mio. Schulden

Die Internationale Gartenschau (igs) in Hamburg-Wilhelmsburg endete mit einer bitteren Bilanz: 1,05 Millionen statt der erwarteten 2,5 Millionen Besucher, dazu bis zu 37 Millionen Euro Verlust. Bei der Frage nach den Gründen reden sich die Gartenschau-Versager gern mit dem ach so miesen Wetter raus...

Zuschüttung der Unterführung ersatzlos. Die Kosten für ein ähnliches Bild mit der Hotline würden sich angeblich auf etwa 4500 Euro belaufen. Die Gelder hat das Kinder- und Jugendtelefon nicht zur Verfügung und die Stadt Gießen kann und will das nicht unterstützen.

Andererseits werden ganze 200.000 Euro für die Werbung zur LaGa benötigt.

Schlussendlich wird kein Grund aufgeführt, warum die Einzäunung bereits jetzt stattfinden müsse.

Martina Lennartz, Sprecherin der BI "Stoppt diese Landesgartenschau

# Gesetzlicher Mindestlohn 10 Euro !

(brutto + lohnsteuerfrei + Arbeitslosengeld II mit mindestens 500 Euro Eckregelsatz)

Aktuell wird im Rahmen der Koalitions-Verhandlungen zur Bildung der nächsten Bundesregierung die Aufnahme der gesetzlichen Verankerung eines bundesweiten Mindestlohnes über alle Branchen von 8.50 Euro diskutiert, allerdings wohl ohne den Zusatz „lohnsteuerfrei“ geschweige denn flankiert von einem Eckregelsatz von 500 Euro beim Arbeitslosengeld II).

Da die Gießener Montagsdemonstranten sich nicht nur für die sofortige Abschaffung der Hartz IV-Gesetze seit über 9 Jahren stark machen, sondern auch für armutssichere Löhne bei den sogenannten Normalarbeitsverhältnissen eintreten, beobachten wir die Entwicklung aufmerksam und diskutieren darüber intensiv.

Beteiligen Sie sich doch an der Diskussion. Kommen sie einfach mon-

tags zwischen 18 und 19 Uhr zu den „3 Schwätzern“ an der Ecke Plockstr./Seltersweg zu uns.

Hierzu Informationen der dementsprechenden Kampagne.

Ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro liegt unter dem gegenwärtigen durchschnittlichen Hartz IV-Niveau eines alleinstehenden Erwerbstätigen. Das ergab unsere aktualisierte Berechnung.

Ein gesetzlicher Mindestlohn von zehn Euro läge darüber. Allerdings nicht, wenn man einen Eckregelsatz von mindestens 500 Euro für notwendig hält. Und das tun wir.

Ein gesetzlicher Mindestlohn muss deutlich über dem Hartz-IV-Niveau liegen, das für notwendig gehalten wird. Das ist bei einem Eckregelsatz von 500 Euro nur der Fall, wenn der Mindestlohn von zehn Euro **nicht** mit Lohnsteuer belegt wird. In Frankreich werden Einkommen unterhalb des Mindestlohns **nicht** besteuert.

Wir haben also gute Argumente, dass es auf einen gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro lohnsteuerfrei ankommt.

Martin Wagner

[www.mindestlohn-10-euro.de/2011/04/04/vergleich-hartz-iv-niveau-eines-alleinstehenden-erwerbstatigen-mindestlohn-niveau](http://www.mindestlohn-10-euro.de/2011/04/04/vergleich-hartz-iv-niveau-eines-alleinstehenden-erwerbstatigen-mindestlohn-niveau)



## Armut im Alter: Immer mehr Menschen betroffen

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes stieg die Zahl der Menschen, die über 65 Jahre alt sind und die Grundsicherung (in etwa Hartz IV) beziehen um 6,6% im Vergleich zum vergangenen Jahr, auf nunmehr 465.000. Zusätzlich kommen noch 435.000 Senioren dazu, die auf Sozialhilfe angewiesen sind aufgrund dauerhafter Erwerbsminderung. - Nimmt man die Zahlen des DGB bezüglich verdeckter Armut im Alter (das bedeutet, dass ältere Menschen aus Schamgefühl u.a. keine Leistungen beantragen), ergibt sich eine Zahl, die gut nochmal doppelt so hoch ist! Die bürgerlichen Parteien schwafeln unterdessen weiter von dem Pseudobegriff „Generationsgerechtigkeit“. Ganz gleich ob Kinder- oder Seniorenarmut, beides ist verwerflich und ein Skandal in dieser reichen BRD. Was wir brauchen, wäre Verteilungsgerechtigkeit. Allerdings ist diese im kapitalistischen System nicht vorgesehen ...

Mirko Dusterdieck



# Und sie schließen einen kleinen Kompromiss

Es wird also in Berlin auf Schwarz-Rot hinauslaufen. CSU-Generalsekretär Dobrinth und SPD-Generalsekretärin Nahles prosteten sich mit Rotem zu. Mit dieser Großen Koalition bekommen die sozialdemokratischen Wähler, was sie zumeist am allerwenigsten wollten. Und man kann nur staunen, wie glatt das über die Bühne geht. Sigmar Gabriel hatte für den Absturz Steinbrücks schon vorgearbeitet und zum Kleinen Parteitag geladen. Erstaunlich wenige Delegierte wollten nach der Wahlniederlage einer Großen Koalition den Weg verlegen. Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin von NRW, gab ihre oppositionelle Haltung an der Garderobe ab. Bei den weiteren Verhandlungen sind die Farbkombinationen der Damenkleider das politisch Aufregendste.

Dabei zeigt die Geschichte der BRD, dass eine Koalitionsbildung zumeist nichts Unwichtiges ist, weil hier politische Weichen gestellt werden. Die

beiden Adenauerregierungen mit der FDP und obskuren NS-Vereinen wie BHE und DP zur Durchsetzung der Wiederbewaffnung gegen den Osten, die Regierung Brandt/Scheel, die mehr Realismus gegenüber den sozialistischen Staaten zeigte bei gleichzeitig

tät, als hätt's einen Wählerwillen nie gegeben.

Um welche Weichenstellung geht es heute? Die SPD hat da eine Liste aufgestellt, zu welcher die CDU Kompromissbereitschaft signalisiert Mindestlohn von 8,50 Euro, wenn auch vielleicht nicht schon 2014; auch können die Unternehmer noch die Gerichte anrufen. Dann die Verbesserung der Rente bei 45 Versicherungsjahren - erreichen die meisten sowieso nicht. Dann wird man an einigen Schraubchen der Pflegeversicherung drehen. Die große Weiche wird wohl eine andere. Die Herren Grillo, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), und Göhner, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der



mehr Fähigkeiten, diese zu destabilisieren, die Kohl/Genscher-Regierung, welche die Einheit Deutschlands auf kapitalistischer Grundlage baute und mit Graf Lambsdorff den Vordenker des Sozialabbaus stellte. Die Kohlsche Wendepolitik wurde dann von Schröder/Fischer mit der Agendapolitik im Innern und der Kriegspolitik gegen Jugoslawien nach Außen weitergetrieben. Auf dieser Grundlage lässt sich gut weiterwerkeln und weitermerkeln. Man sieht, bei aller Wahlkämpferei erstaunlich viel Kontinui-

Deutschen Arbeitgeber (BDA), fordern Hand in Hand: Das Energierecht sei völlig neu zu fassen, die Stromsteuer zu senken, schließlich sei der Industriestandort Deutschland in höchster Gefahr. Ein Verbot der Erdgasfördermethode Fracking sei zu verhindern, die Braunkohleförderung zu verstärken. Dass auch hohe Funktionäre der Gewerkschaften (IG Bergbau Chemie Energie) und IG Metall an dieser Koalition Freude finden, macht die Sache nicht ungefährlicher. Klaus Mewes

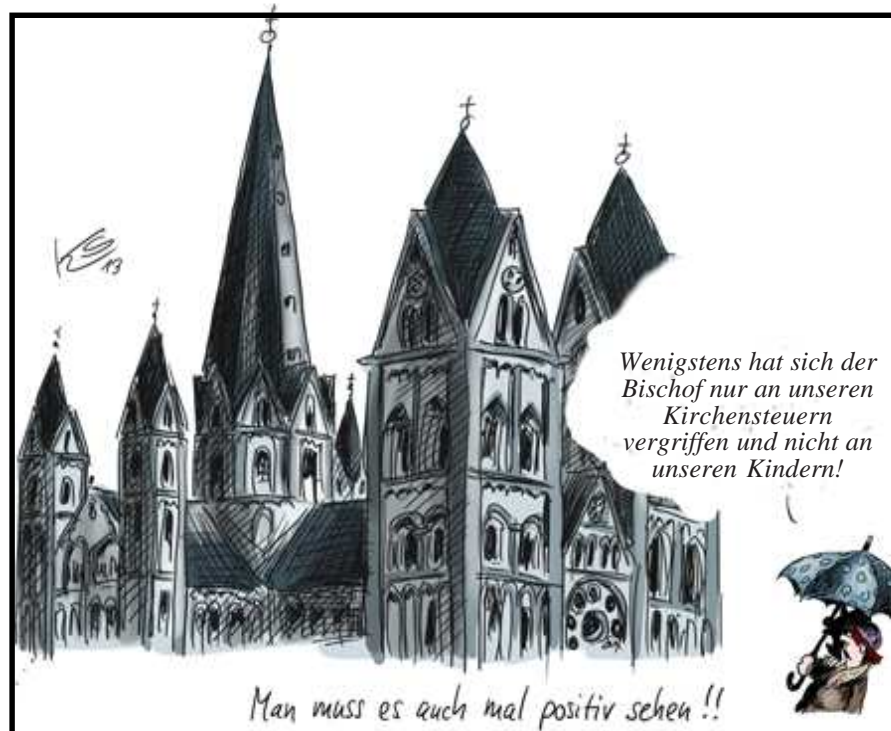
## Das Lied vom Kompromiss

*Manche tanzen manchmal wohl ein  
Tänzchen  
Immer um den heißen Brei herum,  
kleine Schweine mit dem  
Ringelschwänzchen,  
Bullen mit erschrecklichem Gebrumm.*

*Freundlich schau'n die Schwarzen und  
die Roten  
die sich früher feindlich oft bedrohten.  
Jeder wartet, wer zuerst es wagt,  
bis der eine zu dem andern sagt*

*„Schließen wir ‘nen kleinen  
Kompromiss!  
Davon hat man keine Kummernis.  
Einerseits - und andererseits  
so ein Ding hat manchen Reiz...  
Sein Erfolg in Deutschland ist gewiss:  
Schließen wir ‘nen kleinen  
Kompromiss!“*

Kurt Tucholsky (1919)



news.dkp.de / dkp-giessen.de

## Ein Imperium hat keine Verbündeten, sondern nur Untergebene

Mumia Abu-Jamal\*)

Der Nachrichtenfluß über die ausufernde Spionage der USA gegen die Regierungschefs und Bevölkerungen der meisten europäischen Länder zeugt von der Expansion des nationalen, nein, des internationalen Sicherheitsstaates. Spionage war seit jeher ein Instrument von Staaten gegen ihre Rivalen und Feinde. Durch die Enthüllungen von Edward Snowden, ehemals Analyst der US-Geheimdienste NSA und CIA, erfuhren wir, daß die USA dem Ausspionieren von Verbündeten die gleiche oder sogar eine noch größere Bedeutung beimessen. Seit den finsternen Tagen des ehemaligen US-Präsidenten Richard M. Nixon, der berüchtigt dafür war, daß er Dissidenten wie die Aktivisten der Friedens- und der schwarzen Freiheitsbewegung sowie der Bewegung für die Rechte der nordamerikanischen Indianer abhören und die belauschten Gespräche auf Tonbändern aufzeichnen ließ, wurde die menschliche Kommunikation nicht mehr in einem solchen Ausmaß ausspioniert, wie wir es heute erleben...

Unter US-Präsident Barack Obama wurden die »Maßnahmen der Nationalen Sicherheit« derart ausgedehnt, daß nicht nur Millionen US-Bürger ausgeforscht werden, sondern gleichzeitig die Masse der Bevölkerung sogenannter Verbündeter bespitzelt wird. Die persönliche Kommunikation der Regierungsspitzen von Frankreich, Deutschland, Brasilien und Großbritannien wurde von den US-Geheimdiensten gehackt und drahtlos abgehört. Soll das etwa heißen, daß Deutschlands Kanzlerin Angela Merkel, Frankreichs Staatspräsident François Hollande und Brasiliens Präsidentin Dilma Rousseff unter dem Verdacht stehen, mit Al-Qaida gemeinsame Sache gemacht zu haben? Ernsthaft?

Ein Imperium hat keine Verbündeten, es kennt nur Untergebene, Satrapen, Erfüllungsgehilfen und sonst nichts. Ein Imperium unterwirft sich keinem Gesetz, sondern einzig seinem eigenen Willen. Ihm geht es ausschließlich um Expansion, es will mehr und mehr von allem haben. Das hört sich verdammt nach dem »American Way« an, oder?

\*) Mumia Abu Jamal wurde 1982 nach falschen Zeugenaussagen wegen Mord zum Tode verurteilt; die Strafe wurde zu lebenslanger Haft umgewandelt, aber keine Revision mehr zugelassen. Er schreibt regelmäßig in der "jungen Welt"

## Buchtipps: Die Mitmachfalle Bürgerbeteiligung als Herrschaftsinstrument

Hier in Gießen erinnern wir uns noch gut an die Bürgerbefragung anlässlich des kommunalen Schutzschirmes in der Stadt, wo Bürger aus vorgegebenen Fragen „entscheiden“ durfte, ob die Straßenbeleuchtung eher abgeschaltet oder lieber die Gebühr erhöht werden soll, um zu sparen. Oder auch der „Runde Tisch“ zur Landesgartenschau, wo nicht mehr die generelle Ausrichtung der LaGa zur Debatte stand, sondern einzelne Gestaltungsmaßnahmen. Nachdem die Stadt sich nicht einmal an minimale gemeinsame Beschlüsse hielt, verließen bekannterweise der BUND und andere im März diesen Jahres enttäuscht den „Runden Tisch Landesgartenschau“.

Diese Problematik vorgegeblicher Mitbestimmung und Demokratisierung ist das Thema des dieses Jahr erschienen Buches von Thomas Wagner: Die Mitmachfalle.

Er zeigt an vielen Beispielen u. a. „Stuttgart 21“ oder der Widerstandsbewegung am Frankfurter Flughafen, wie versucht wird, Gegner zu Komplizen zu machen.

Mehr Demokratie - Bürgerbeteiligung ist das Zauberwort der Mächtigen in Wirtschaft und Politik, da die Diffamierung der Unzufriedenen als Chaoten nicht länger überzeugte.

Auf angeblicher Augenhöhe soll an runden Tischen gemeinsam eine Lösung gefunden werden; völlig abseits der Frage, wer das Geld und die Macht hat. Ohne Dinge prinzipiell in Frage zu stellen, darf der Bürger marginale Randfragen mitentscheiden und selbst die Umsetzung dieser Ver-

einbarungen ist nicht verpflichtend. Die Lohnarbeitenden organisieren mit dieser angeblichen Beteiligung ihre Ausbeutung selbst mit und Widerstand erstickt im Mißbrauch der Begriffe Demokratie, Partizipation, Mediation usw.

Thomas Wagners Buch hilft Mitmachfallen schneller zu identifizieren, nicht hineinzutappen, sondern die Gesellschaft wirklich zu verändern.

Sabine Albrecht.



PapyRossa Verlag, Köln,  
160 Seiten, 12.90 Euro



Redaktionsschluß für das  
Dez.-Echo: Mi., 27.11.13

## Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, Erscheinungsweise: monatlich. Bezugsgebühren: 20 € im Jahr (inkl. Versandkosten), erm. 15 € Kto.Nr: 193070 bei Sparkasse Gießen, BLZ 51350025. Druck: Druckkollektiv Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: /www.dkp-giessen.de

Ich möchte:  
O das Gießener Echo abonnieren  
O das Gießener Echo online (pdf) abonnieren

Name: .....

Adresse: .....

e-mail: .....



Es ist wieder soweit! Für Dezember 2013 haben der **Weltbund der Demokratischen Jugend**

zusammen mit der Linksregierung von Rafael Correa in die Hauptstadt Ecuadors Quito eingeladen. Auch diese 18. Weltfestspiele bieten wieder eine einzigartige Möglichkeit Erfahrungen auszutauschen für kommunistischen Jugendverbände, demokratischen Schüler- und Studierendenverbände, Gewerkschaftsjugend, Frauen- und Friedensgruppen sowie nationalen Befreiungsbewegungen aller Kontinente.

Die etwa alle vier Jahre seit 1947 stattfindenden Weltfestspiele bieten große und kleine Diskussionsrunden und Workshops, Konzerte, Sport und Partys – so stehen wir zusammen gegen Krieg, Ausbeutung und Kolonialismus, für Frieden, soziale Sicherheit und Unabhängigkeit – also gegen den Imperialismus.

Denn überall auf der Welt kämpft die Jugend für ihre Rechte. Unsere Gegner haben verschiedene Namen, aber es sind immer die Interessen der Banken und Konzerne, ihr Profitstreben und ihre Kämpfe um den Weltmarkt, die unseren

Interessen entgegen stehen. Wir setzen ihnen unsere Solidarität und Geschlossenheit entgegen.

Nach Havanna 1997 und Caracas 2005 kehren die Weltfestspiele erneut nach Lateinamerika zurück.

Mit dem Wahlsieg Correas 2006 wurde der kritiklosen Erfüllung der Forderungen der Weltbank ein Ende gesetzt. Auch der Einfluss des IWF und der USA verringerte sich, Sozialprogramme, wie eine staatliche Unterstützung von Wohnraum und die kostenlose Verteilung von Medikamenten, sollen helfen, die Armutsrate in Ecuador zu verringern.

Auch wenn sich Präsident Correa positiv auf den Begriff des Sozialismus des 21. Jahrhunderts bezieht, ist Ecuador immer noch ein Land, welches von kapitalistischer Ausbeutung geprägt ist.

Wo es sich hin entwickelt und was das für den Rest Lateinamerikas bedeutet? Was gibt es für einen besseren Ort dies herauszufinden, als die Weltfestspiele?

**Sei auch du dabei! Weltfestspiele. Vom 07. - 13.12.2013 in Quito, Ecuador.**

Infos: [www.sdaj-netz.de/weltfestspiele](http://www.sdaj-netz.de/weltfestspiele)  
+ [www.weltfestspiele.de](http://www.weltfestspiele.de)

## »Viva Cuba!« bei der UNO

Lateinamerika, Afrika, die islamischen Staaten, Asien, Europa – Vertreter aus praktisch allen Weltregionen haben am Dienstag in New York Stellung gegen die Blockade Kubas durch die USA bezogen. Bei der Abstimmung votierten 188 Staaten für den Antrag Kubas, lediglich zwei stimmten dagegen: die USA und Israel. Es war das 22. Mal, daß das Plenum der Weltgemeinschaft die Blockade und deren Ausweitung auf Drittländer durch Washington verurteilte. Im Vorjahr hatten mit den USA, Israel und Palau drei Länder gegen den Antrag votiert, 188 stimmten auch damals dafür.

Kubas Außenminister Bruno Rodríguez wies in der Debatte wieder auf die Folgen des Wirtschaftskrieges der USA hin, der unter anderem die medizinische Betreuung der kubanischen Bevölkerung erschwere und wirtschaftliche Schäden in Höhe von 1,1 Billionen US-Dollar verursacht habe.

## DKP kandidiert zur EU-Wahl

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) hat auf der Wahlversammlung am 20. Oktober in Hannover ihren Antritt zur EU-Wahl am 25. Mai 2014 bestätigt und eine Kandidatenliste beschlossen.

Aus Gießen kandidiert Henning Mächerle, Mitglied des DKP-Kreisvorstands; weitere Kandidaten aus Hessen sind Rainer Keil (Darmstadt), Lucas Zeise (Frankfurt) und Thomas Knecht (Köppern).

Angeführt wird die 36 Kandidatinnen und Kandidaten umfassende DKP-Liste von der stellvertretenden Parteivorsitzenden Nina Hager aus Berlin. Ihr folgen Mario Berrios Miranda, Landesvorsitzender der DKP Brandenburg, Siw Mammitzsch aus Essen und der Wirtschaftsjournalist Lucas Zeise, Mitbegründer der Financial Times Deutschland.

Der Parteivorsitzende Patrik Köbele wertete die Wahlversammlung als einen erfolgreichen Schritt der DKP, stärker öffentlich aufzutreten. »Gerade jetzt brauchen wir eine kommunistische Stimme im EU-Wahlkampf, die mit einem deutlichen internationalistischen ›Nein‹ zur EU der Banken und Konzerne Position bezieht.«

## Leserbriefe

**Limburgs Bischof** Tebartz von Elst ist nur die Spitze des Eisbergs. Viele Würdenträger lassen sich in Luxuskarrosserien herumkutschieren, hausen in Luxusvillen und fliegen ausschließlich Klasse 1. Dieses Geld fehlt dann für humanitäre Zwecke an allen Ecken und Enden. Spendenaufrufe kirchlicher Institutionen, gerade zur Weihnachtszeit, sind daher blanker Hohn für mich. Barmherzigkeit, menschliche Fürsorge, Frieden auf Erden und Bescheidenheit sind offensichtlich für diese Herren Fremdwörter.  
Kerstin Lade

**Deutsche Bahn.** Wenn ich lese und höre, die Deutsche Bahn (DB) erhöhe zum 15. Dezember ihre Fahrpreise, so ist das nicht ganz richtig. Die DB legt ihre Ideen zur Erhöhung dem Bundesverkehrsminister vor. Wird die Genehmigung erteilt, dann steigen auch die Fahrpreise. Der Bundesverkehrsminister ist zur Zeit Herr Ramsauer von der CDU/

CSU. Alle zusammen sind Schweinepriester. Seit Jahrzehnten kassiert die DB Milliarden an Steuergeldern und trotzdem erhöht sie ständig ihre Preise. So etwas nenne ich Abzockerei. Die Benutzung aller öffentlichen Verkehrsmittel sollte kostenloses Grundrecht sein, finanziert aus Steuergeldern zu Lasten der Reichen und Superreichen! Auch wäre es ein ehrlicher Beitrag zum Klimaschutz  
Falk Moldenhauer



# Veranstaltung der DKP Gießen

## Gegen ein Europa der Banken und Konzerne! Was sagen die Kommunisten?

Donnerstag, 5. Dezember, 19.30 Uhr,  
Versailles-Zimmer/Kongreßhalle

mit **Hans-Peter Brenner,**

stellvertretender Parteivorsitzender der DKP und Kandidat der DKP zu den EU-Wahlen im Mai 2014

## Faschisten-Hochburg Lumdata

Im Februar beschloß die Stadtverordnetenversammlung Staufenberg auf Vorschlag der CDU einstimmig folgendes:

„Die Aktivitäten von Neonazis im Lumdata haben zugenommen. In unserer demokratischen, freiheitlichen Grundordnung sollte jeglichen extremistischen Erscheinungsformen wirksam begegnet werden. In diesem Sinne sollten in einem Netzwerk für Demokratie und Toleranz entsprechende Maßnahmen eruiert werden, die in Form von Informationsmaterialien zu einer frühzeitigen Aufklärung an Schulen und darüber hinaus beitragen. Alle demokratischen Parteien, Kirchen, Schulen, Vereine etc. sowie Einzelpersonen sind aufgefordert, in einem solchen Netzwerk mitzuarbeiten.

Zur Umsetzung dieses Beschlusses erfolgt die Einrichtung einer Kommission als Hilfsorgan des Magistrats.“ Also das Auftreten der NPD wurde benutzt um gegen Extremisten jeglicher Form vorzugehen. Wer oder was außer der NPD ist denn aktiv im Lumdata? Extremismus war der Begriff mit dem man hunderttausende von Menschen überprüfte, ob sie Mitglied der DKP seien, tausende von Berufsverboten waren die Folge. Und so wird das Erscheinen der Nazis benutzt, dem üblichen Antikommunismus zu huldigen. Und was machen die Nazis? Die sind im Lumdata dabei, sich ständig zu vergrößern. Schaut man sich die Wahlergebnisse der NPD an, so wird klar, dass hier

eine Hochburg der NPD deutschlandweit entstanden ist. Die NPD hat in den Orten Lollar, Staufenberg, Allendorf, Rabenau, dem Grünberger Ortsteil Lumda und dem Mucker Ortsteil Atzenhain (beide Dörfer gehören zum Lumdata) am 22.9. bei den Erst- und Zweit-Stimmen zur Bundestagswahl und bei der Zweit-Stimme zur Landtagswahl 1177 Stimmen erhalten. Also alles andere als ein kleiner Haufen Verirrter hat hier gewählt und bildet den Boden für die Aktivisten der NPD. In Prozent bedeutet das übrigens bei der Bundestagswahl 2,4% bei den Erststimmen und 2,0 % bei den Zweitstimmen und 2,0% bei der Landtagswahl. In einzelnen Dörfern waren die Stimmanteile deutlich höher, z.B. Nordeck-Winnen 5,3%, Geilshausen 3,0%, Rüddingshausen 4,4%. Fast überall gab es deutliche Stimmzunächse für die Nazis. Auch hessenweit hat die NPD bei den Zweit-Stimmen der Landtagswahl mit 33.395 ein Plus von 11.223 Stimmen gegenüber der letzten Landtagswahl. Bei der Bundestagswahl hat sie bei den Erst-Stimmen in Hessen sogar 38.606 Stimmen und damit 1,2% und bei den Zweit-Stimmen 34.017 Stimmen erhalten, so dass die Nazis nun auch noch die Wahlkampfkostenerstattung von 0,70 Euro pro Listenstimme erhalten.

Anstelle des längst überfälligen Verbotes finanziert Deutschland noch die Nazis - und damit auch die zuletzt geklebten volksverhetzenden Plakate.  
H.R.

Im August hatte die DKP Gießen den Magistrat der Stadt Staufenberg aufgefordert, die nach dem Steigbügelhalter Hitlers benannte Hindenburg-Straße umzubenennen, um auch damit ein Zeichen gegen Faschismus zu setzen (s. Gießener Echo 9/2013). Bis heute steht eine Antwort aus.

## Marburg

### BATTALA DE IDEAS Bildung im sozialistischen Cuba

Podiumsdiskussion

am 14. November 2013

um 20 Uhr im DGB-Haus, Käthe-Dinnebier-Saal, Bahnhofstr. 6

Es berichten zwei Brigadisten der SDAJ, die drei Wochen mit cubanischen Studierenden zusammen an der technischen Universität Havanas gelebt, gelernt und gearbeitet haben und ein Student der THM Gießen, der ein Auslandssemester in Cuba absolviert hat.

Eine Veranstaltung der SDAJ, unterstützt von DKP, Cuba si und der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba

Wir bitten um Spenden

## Gießener Echo

Konto Nr. 193070,

BLZ 51350025

Sparkasse Gießen

- und bedanken uns bei allen Spendern.

## Widerstand gegen Hartz IV

montags 18 - 19 Uhr, bei den 3 Schwätzern

## BÜCHERANKAUF

Jeden Dienstag

14:30 – 18:00 Uhr

in der Büchergilde Gutenberg

Wetzsteinstr. 4

35390 Giessen

Tel.: 0641 / 35902

**UZ** unsere zeit  
sozialistische Wochenzeitung

Woche für Woche  
Antikriegszeitung

Wochenzeitung der DKP

10 Wochen

kostenlos testen

CompressVerlag, Hoffnungs-  
Str. 18, 45127 Essen